

Zum Inhalt dieser Ausgabe:

<i>Hans-Dieter von Frieling:</i>	
Regionalpolitik in der Krise – Thesen und Fragen	1
1. Neue Wachstumspolitik? Neue Regionalpolitik?	1
2. Welche Regionalpolitik? Ratlose Regionalökonomien und Raumplaner?	2
3. Was ist noch regional an der Regionalpolitik?	2
4. Unproduktive regionale Disparitäten? Demographische Veränderungen und Infrastrukturdefizite	3
5. (Neo)Keynesianische Wachstumspolitik – eine Chance für eine Wiederbelebung der Regionalpolitik?	4
6. Was tun?	4
<i>Wolfgang Krumbein:</i>	
Drei Spielarten von Regionalpolitik – Eine Replik	5
1. Regionalpolitik im Kontext neoliberaler Angebotspolitik	5
2. Regionalpolitik im Kontext keynesianischer Umverteilungspolitik	5
3. Regionalpolitik im Kontext systemtransformierender Wirtschafts- und Sozialpolitik: für eine Aktualisierung von Investitionslenkungs Konzepten	6
Literatur	7

Impressum

ISSN 2190-5657

Arbeitskreis Kritische Regionalwissenschaft (AKR)
Humboldtallee 15
37073 Göttingen
Tel.: (+49) 551/ 39- 140 48
Fax: (+49) 551/ 39- 140 49
www.kritische-regionalwissenschaft.de

Gestaltung: Hauke Oelschlägel

Über die Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Hans-Dieter von Frieling
Wirtschaftsgeograph
Nonnenstieg 38
37075 Göttingen
eMail: hdvfrieling@web.de

Prof. Dr. Wolfgang Krumbein
Institut für Regionalforschung e.V.
an der Universität Göttingen
Humboldtallee 15
37073 Göttingen
Telefon + 49 (0)551 / 39-4879
eMail: wkrumbe@gwdg.de
www.uni-goettingen.de/de/92117.html

Hans-Dieter von Frieling & Wolfgang Krumbein: Immer neue Krisen – auch in der Regionalpolitik? Eine kleine Debatte

Vorbemerkung: Die beiden Aufsätze dieser Ausgabe entspringen einer Diskussion auf der Homepage des AKR zum Thema Krise der Regionalpolitik im Juni und Juli 2012.

Hans-Dieter von Frieling

Regionalpolitik in der Krise – Thesen und Fragen

1. Neue Wachstumspolitik? Neue Regionalpolitik?

Die EU-Staaten kämpfen nun schon seit einigen Jahren gegen die Finanzmarktkrise, indem sie zum einen mit der EZB-„Notenpresse“ die Liquidität der Banken und Finanzinstitute sichern und zum anderen vor allem „den Märkten“ ihre Kreditwürdigkeit glaubhaft machen wollen. Als das Mittel, Vertrauen in den Kapitalcharakter der von den Staaten emittierten Schuldpapiere herzustellen, sehen die EU und ihre ökonomisch starken Mitglieder eine rigorose Sparpolitik an. Diese Politik der Krisenbekämpfung wird zunehmend kritisiert. Ein europäischer Marshallplan für Wachstum und Beschäftigung (DGB 2011, Sommer 2012) soll das tauglichere Mittel sein. Es zeichnet sich ab, dass die Sparpolitik um eine Wachstumspolitik ergänzt werden wird. Ergibt sich damit die Chance oder gar die Notwendigkeit für eine neue Regionalpolitik? Womöglich eine Regionalpolitik, die den Ausgleichsgedanken wieder stärker berücksichtigt?

Noch wird nicht über eine Änderung der Regionalpolitik diskutiert. Noch ist offen, ob es eine Art neokeynesianischer Wachstumspolitik geben wird und ob zusätzliche Geschäfte aus Steuermitteln gestiftet werden sollen oder gar durch die Ausweitung der Staatsverschuldung. Zu beobachten ist aber, dass immer häufiger jenen ökonomischen Experten Aufmerksamkeit eingeräumt wird, die – wie Stiglitz, Krugman, Horn, Bofinger - „keynesianisch geprägt ... Front gegen den Austeritätskurs“ machen (SZ vom 24.5.2012). Sollte es zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel kommen, was bedeutet das für die wirtschafts- und sozialräumliche Entwicklung in Deutschland und in der EU? Gewinnen regionaler Disparitätenabbau und Chancengleichheit einen höheren Stellenwert? Gibt es Chancen für eine sozial gerechtere Regionalpolitik? Welche regionalökonomischen Konzepte werden dafür zweckmäßig sein – Clusterpolitik, Dezentralisierung, Netzwerke für die „Schlüsselressource Wissen“ oder völlig andere? Oder wird das Muster wirtschaftsräumlicher Ungleichheit nur umgeschrieben oder modifiziert, indem auch andere als die Metropolregionen als Wachstumskerne gefördert werden? Oder ändert sich auch mit einer Wachstumspolitik gar nichts? Und welche Folgen für die Raumentwicklung hat es, wenn es gar nicht zu einer neokeynesianischen Wachstumspolitik kommt, sondern der neoliberale Austeritätskurs fortgeführt wird? Führt der verschärfte Standortwettbewerb dazu, dass immer mehr Regionen krisenanfällig werden, mit dem ökonomischen Strukturwandel nicht mithalten kön-

nen, Arbeitsplätze und dann Bevölkerung verlieren? Schon längst wird unter dem Stichwort „Demographische Veränderung“ diskutiert, ob die stärkere räumliche Polarisierung den Nutzen der Ungleichheit nicht zu sehr verringert.

2. Welche Regionalpolitik? Ratlose Regionalökonominnen und Raumplaner?

Die Wirtschaftskrise, vor allem der Konjunkturreinbruch 2009, hat Wirtschaftswissenschaftler und Raumplaner aufgeschreckt: Ist die bisherige Regionalpolitik den „neuen Herausforderungen“ (ARL 2011) gewachsen? Erfordern die „raumrelevanten Trends“ einen höheren Handlungsbedarf in der regionalen Strukturpolitik (Stiller 2011)? Welches sind überhaupt die „raumrelevanten Trends“? Wissensintensive Dienstleistungen, forschungsintensive Industrien, auf Branchenclustern basierte Innovationsfähigkeit, Städte als Zentren des wissensbasierten Strukturwandels und der Kreativwirtschaft? Neu ist an alledem nichts. Cluster, Netzwerke, *creative class*, Wissensgesellschaft sind für die Nationalökonominnen allerdings keine Floskeln oder Mythen, sondern gelten ihnen als ökonomisch fundierte Konzepte und Instrumente zur Initiierung und Sicherung regionalen Wirtschaftswachstums. Zu recht? Ein „Weiter wie bisher“ gilt für die meisten Ökonominnen auch für das grundlegende Paradigma der Regionalpolitik. Eine Korrektur oder Abkehr von der „neuen“, seit Ende der 1980er Jahre dominanten Regionalpolitik (OECD 2010) halten sie nicht für notwendig. Richtig bleibt für sie: dezentrale, endogene Entwicklung und Standortwettbewerb der Regionen statt zentral gesteuerter Beeinflussung von Angebotsfaktoren zum Abbau von Disparitäten. Ratlos sind Ökonominnen also nicht, eher unerschütterlich in ihrem neoliberalen Glauben und mechanistischem Weltbild. Doch wenn Griechenland kein Einzelfall bleibt, wächst ein Legitimationsdefizit und in ihm die Hoffnung auf alternative, irgendwie sozial gerechtere Wirtschafts- und Regionalpolitik, die aus der Krise führt.

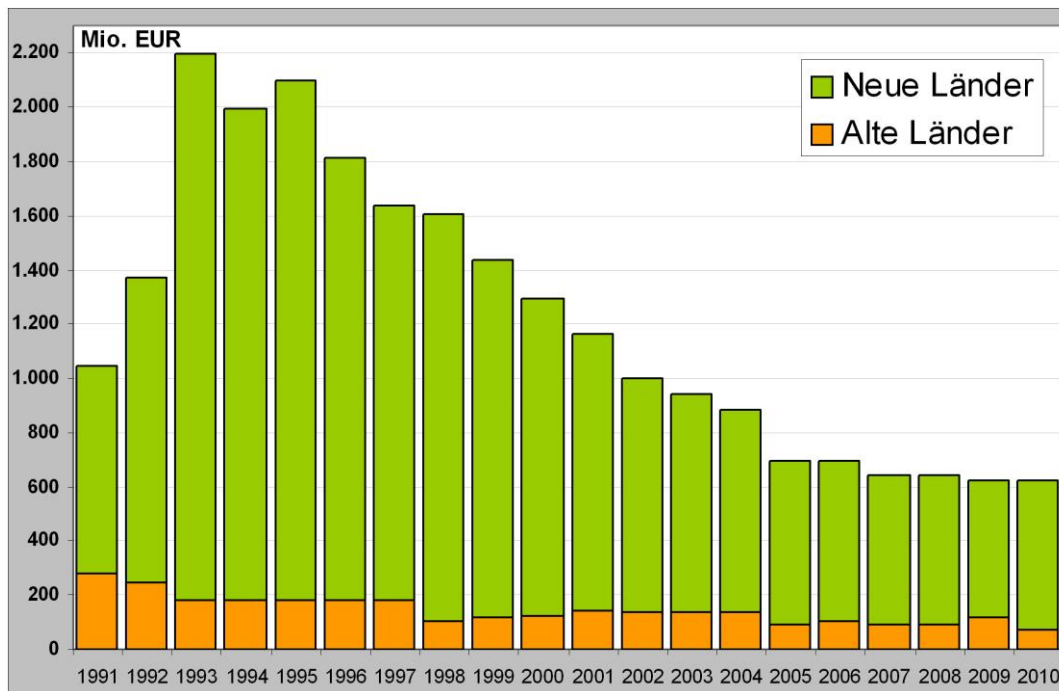


Abbildung 1: Entwicklung der GRW-Mittel seit 1990 (Quelle: BBSR 2010)

3. Was ist noch regional an der Regionalpolitik?

Die regionale Wirtschaftspolitik der 1960er/1970er Jahre war ausgerichtet auf einen bestimmten Typus von Region – auf die unterentwickelte, strukturschwache Region. Die GRW, typisch für diese räumlich orientierte Politik, gibt es zwar immer noch. Ebenso die Ziel 1-Gebiete und deren Förderung durch die

EU-Regionalpolitik. Doch mit der Orientierung auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region wird solch ein räumlicher Filter mehr und mehr fragwürdig. Wenn es darum geht, den Strukturwandel zügig zu bewältigen, Wissen und Innovationen zu generieren, geraten prinzipiell alle Regionen in den Blick. Welche Region bietet für diese Wachstumspolitik die besten Voraussetzungen? Das dabei Metropolen und große Städte in den Fokus geraten, überrascht nicht, ist aber nicht zwingend auf diese beschränkt. Es können vielleicht auch rurale Regionen Standortvorteile generieren. Wie kann die über-regionale, zentral-staatliche Politik diese wichtigen Regionen erkennen, wodurch fördern? Sind wissenschaftlich fundierte Indikatorensysteme entwickelt worden, gibt es zentrale Behörden, die entsprechend evaluieren? Für neo-liberale Regionalökonomien und Raumplaner sind sicher diese Fragen schon die falschen. Was ist an einer Regionalpolitik noch regional, die nicht eine bestimmte Region oder einen Regionstyp fördert, um Disparitäten abzubauen, sondern im Prinzip alle und keine? Die politisch eingerichtete Beliebigkeit überlässt es ganz dem Kapital, eine Region inwertzusetzen. Die Regionalpolitik macht sich zum planlosen Dienstleister für Standortentwicklung. Ist Regionalpolitik nur noch Governance – horizontal, vertikal, multi-level? (OECD 2010,) Braucht es nur „bessere Abstimmungen zwischen den Ebenen“, „flexible Handlungsmöglichkeiten“ und „überzeugende Konzeptionen“, um Konjunkturkrisen zu „bewältigen“ (ARL 2010, 21)? Genügt es, eine „Strategische Regionalplanung“ zu fordern - so die die ARL (2011) – , die inhaltlich in nichts anderem besteht als dem längst bekannten, alten Methoden-Baukasten des Stadtmarketings der 1990er Jahre? Der spannende Punkt ist jedoch weniger die Kritik neoliberaler Regionalpolitik als vielmehr die Frage danach, welche Blockaden und Widersprüche diese neoliberale Regionalpolitik hervorbringt, die in der Krisenbewältigung zum Problem werden. Entsteht vielleicht eine räumliche Ungleichheit, die nicht mehr – nicht mehr so - produktiv ist für die Kapitalakkumulation?

4. Unproduktive regionale Disparitäten? Demographische Veränderungen und Infrastrukturfizite

Der eine Punkt, in dem räumliche Ungleichheiten aus staatlicher Sicht kritikabel werden könnten, ist der schon mit Griechenland angesprochene: Die weitere Verschärfung der regionalen Disparitäten kann zu mehr als nur zu Legitimationsproblemen führen. Die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität kann Kosten erhöhen, die einem Wirtschaftswachstum hinderlich und abträglich sind. Nicht nur regionale politische Unruhen sind da ein Problem, sondern Absatzmärkte können wegbrechen und die eigene Kreditwürdigkeit und das Vertrauen in das „eigene“ Gemeinschaftsgeld, den Euro, als Wertaufbewahrungs- und konkurrenzfähiges Akkumulationsmittel können tangiert werden. Der andere Punkt betrifft die eigene Standortqualität, die Qualität der allgemeinen, materiellen Produktionsvoraussetzungen. Gibt es die „richtige“ Infrastruktur - Verkehrs-, Kommunikations-, Energie- oder wohnungsnaher Sozial- und Bildungsinfrastruktur – an den „richtigen“ Standorten? Oder werden geschlossene Hallenbäder und Theater, fehlende Kita-Plätze und überfüllte Schulen in (west)deutschen Großstädten zu einem Wachstumshindernis, weil solche Standorte für die wichtigen Arbeitskräfte, die hoch Qualifizierten und Kreativen, nicht attraktiv sind? Können global agierende Unternehmen in allen Landesteilen die notwendige Kommunikationsinfrastruktur (wie Breitbandnetze) vorfinden? Und gibt es andererseits nicht Probleme mit Gebieten, die das Kapital nicht benötigt, die es wüst fallen lässt und nur noch „demographische Veränderungen“ produziert? Führen diese demographische Veränderungen, die Abwanderungen aus und Alterungsprozesse in ökonomisch schwachen Regionen, nicht zu regionalen Ungleichheiten, die durch den erforderlichen Ab- und Umbau der Infrastruktur Geld kosten, ohne Wachstumschancen zu befördern? Wie soll/will die Politik mit solchen Ungleichheiten umgehen? Kann oder muss sich der Stellenwert einer Infrastrukturpolitik ändern? Braucht es (wieder) eine intensivere, übergreifende, querschnittsorientierte und auch räumlich geplante Infrastrukturpolitik, um disfunktionale regionale Disparitäten abzubauen, zu korrigieren oder zu effektivieren? Es gibt weder auf der nationalen Ebene (in Deutschland) noch auf der EU-Ebene dafür eine Kompetenz oder eine Institution.

5. (Neo)Keynesianische Wachstumspolitik – eine Chance für eine Wiederbelebung der Regionalpolitik?

Die gegenwärtige Regionalpolitik erscheint vielen als bloßes Anhängsel der Austeritätspolitik, als Abfederung der verheerenden Wirkungen der Lissabon-Strategie und der Sparwut: kurz als unwirksame Politik. Das Aufkeimen keynesianischer Ideen befördert die Hoffnung auf eine wirksame Regionalpolitik, ausgerichtet an (gesamt)gesellschaftlichem Bedarf, bestimmt von volks- und nicht nur betriebswirtschaftlichen Kalkülen und getragen von demokratisch kontrollierten, staatlichen Institutionen. Doch findet eine keynesianische Wirtschaftspolitik heute nicht andere Bedingungen vor? Es gibt kein Wirtschaftswunder-Wachstum mehr, für das eine ausgleichsorientierte Regionalpolitik Wachstumsengpässe beseitigt durch Ausweitung tauglicher Standortregionen. Internationale Standortkonkurrenz, sinkende Raten des Weltwirtschaftswachstums, beschleunigter Strukturwandel, immense Staatsverschuldungen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht der Finanzmärkte – sie setzen andere Rahmenbedingungen für die Akkumulation. Kann Regionalpolitik, eine (neo)keynesianische Regionalpolitik, im Dienst von Wirtschaftswachstum so konzipiert werden, dass sozial räumliche Ungleichheiten gemildert oder – zumindest - nicht vertieft werden? Wie könnte solche eine Regionalpolitik aussehen? Lohnt es, die „alten“ Rezepte von Industriepolitik, Investitionslenkung, Planung, zentralstaatlicher Intervention neu zu diskutieren? Existieren alternative Ideen, Denkanstöße? Haben Theoretiker und Wirtschaftspolitiker der LINKEN dazu Vorschläge oder zumindest eine Diskussion? Und gilt es nicht, einen zweiten Punkt zu bedenken. Auch ein Marshallplan, also ein staatliches Schuldenmachen für mehr Wachstum, ist wie jedes von Banken kreditierte Geschäft eine Spekulation, eine Spekulation auf den Erfolg zukünftiger Geschäfte. Ob die Spekulation aufgeht und sich der geschäftliche Erfolg in der Konkurrenz einstellt, ist eine Frage von Effektivität, Kostensenkung, Rationalisierung - von höherer Rentabilität der eingesetzten Arbeit und des eingesetzten Produktionsprozesses. Wachstum durch immer rentablere Arbeit, die Agenda 2010- Politik hat hier gute Dienste geleistet. Eine keynesianische Politik wird dies fortführen und weltrekordmäßig niedrige Lohnstückkosten sichern wollen. Was bedeutet das für die Gestaltung der Regionalpolitik z.B. in Deutschland? Und was bedeutet das für jene Regionen und Staaten, deren Wirtschaft und Zahlungsfähigkeit durch die Importe aus dem Exportweltmeisterland geschwächt werden und in denen sich Arbeitslose sammeln? Welche Regionalpolitik ist – auf der EU-Ebene – dafür notwendig? Braucht es keine Revision der EU-Förderpolitik 2014-2020?

6. Was tun?

Die notierten Fragen sind unvollständig, nicht systematisch. Die Thesen nur angedeutet und polemisch. Sie provozieren hoffentlich oder regen an – zu Bestandsaufnahme und kritischer Analyse der aktuellen Raumentwicklungsprozesse, der Ausformung regionaler Disparitäten (nicht nur jener innerhalb von Metropolen), der Funktionalitäten und Disfunktionalitäten räumlicher Ungleichheiten. Zur Kritik der gegenwärtigen Regionalpolitik(en) wie auch deren theoretischer Legitimierung. Zur kritischen Analyse möglicher Alternativen in der regionalen Wirtschaftspolitik wie Raumentwicklungspolitik. Idealistische Flausen helfen nicht weiter. Helfen reformerische, „realistische“ Vorschläge? Festhalten kann man, dass die bürgerliche Regionalökonomie seit fast zwei Jahrzehnten konzeptionell auf der Stelle tritt, erstarrt in Cluster, Netzwerk, Governance. Die Mängel und Ungereimtheiten der neoliberalen Regionalökonomie sind genauso eklatant und offenkundig wie die der neoklassischen Regionalökonomie. Der AKR-Band „Kritische Regionalwissenschaft“ (Krumbein et al. 2008) hat dies umfassend aufgearbeitet.

Die Diskussion der aktuellen wie der zukünftigen Regional- und Raumentwicklungspolitik muss dringend geführt werden – kritisch, ideenreich, offensiv, unter Nutzung der Marx'schen Wirtschafts- und Staatstheorie und des Wissens, dass der Keynesianismus nie ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm war und sein wollte.

Wolfgang Krumbein

Drei Spielarten von Regionalpolitik – Eine Replik

Die Ausgangslage ist so verheerend, wie sie schlimmer kaum hätte werden können. Mehrere Jahrzehnte europäischer Regionalpolitik, die immerhin eine leichte Angleichung im BIP pro Einwohner zwischen den nord- und mitteleuropäischen Staaten auf der einen Seite und den südeuropäischen Staaten auf der anderen Seite bewirkten, sind reine Makulatur. Alle auch noch so kleinen Ergebnisse wurden weggeschwemmt von der Finanzkrise und der sich anschließenden mit Erpressung und Entdemokratisierung verbundenen Austeritätspolitik. Die Ungleichgewichte in Europa sind heute so groß wie niemals vorher.

Was kann Regionalpolitik bei einer solchen Ausgangslage noch erreichen? Ich möchte unterscheiden zwischen drei Spielarten von Regionalpolitik, die jeweils zu völlig anderen Resultaten führen würden.

1. Regionalpolitik im Kontext neoliberaler Angebotspolitik

Vom neoliberalen Mainstream wird zur Zeit erwogen, Mittel aus den europäischen Strukturfonds für einen europäischen Wachstumspakt einzusetzen. Was dies genau heißen könnte, ist noch nicht bekannt. Denkbar sind aber folgende Bestandteile, insbesondere wenn man die herrschenden Politikmuster als weiterhin prägend annimmt:

- Wachstum wird von unternehmerischen Investitionen erhofft. Daher werden diese entweder direkt oder über generelle Steuererleichterungen für Unternehmen gefördert. Erwartet oder erpresst werden zudem Lohnnachlässe und/oder Kürzungen in den Sozialabgaben- und -leistungen;
- Wachstum wird von spezifischen regionalen Konstellationen erhofft: den Sonderwirtschaftszonen. Hier können ungezügelter denn je Ausbeutungsmechanismen greifen und Steuern vermieden werden.

Eine derartige auf die Unternehmen als Anbieter zielende Regionalpolitik würde die Ungleichgewichte zwischen den Nationalstaaten nicht beseitigen; im Gegenteil würde der Trend zur weiteren Verschärfung der Ungleichgewichte fortbestehen. Allenfalls einige wenige Ausnahmeregionen könnten bei einigen Indikatoren wie z.B. Arbeitslosigkeit ein wenig aufholen.

Ob diese Spielart sich durchsetzen kann, ist angesichts der unklaren Gemengelage im europäischen Politikkonzert unsicher. Für ihre Durchsetzung spricht, dass sie in der Logik der bestehenden wirkungsmächtigen Denk- und Politikformen bleibt. Dagegen spricht, dass der sich in Sozialprotesten und Wahlen äußernde Widerstand gegen diese Politik beständig größer wird.

2. Regionalpolitik im Kontext keynesianischer Umverteilungspolitik

Die vom neuen französischen Präsidenten Hollande ausgehenden Bemühungen um eine Umorientierung der Europapolitik basiert auf der keineswegs neuen keynesianischen Erkenntnis, dass eine Austeritätspolitik, zumal in einer Krisenlage, rezessiv wirkt und die Staatsschulden nicht verringert, sondern erhöht. Wie diese Erkenntnis von zentralen politischen Akteuren positiv gewendet werden und welche Rolle die Regionalpolitik in einer veränderten Europapolitik spielen könnte, ist weitgehend unklar. Es bleibt dabei auch immer zu beachten: Hollande ist nur ein Sozialdemokrat.

Möglich ist es hingegen, Ansprüche an eine keynesianisch gewendete Regionalpolitik zu formulieren. Sie müsste eingebettet werden in eine konsequent auf Beseitigung der Ungleichgewichte in Europa (die neben der Finanzkrise entscheidende Ursache der gegenwärtigen Schuldenprobleme) zielenden Politik.

Dies würde letztlich implizieren, dass Deutschland und andere Euro-Profiteure in einer dauerhaften Transferunion für ihre bisherige einseitige Begünstigung zahlen müssten. Dies könnte geschehen durch Eurobonds und/oder eine gezielte Ausnutzung der Möglichkeiten der EZB. In Deutschland selbst müssten massive Umverteilungsprozesse zugunsten der sozial Schwächeren und des Binnenmarkts eingeleitet werden. Regionalpolitisch könnte dies beinhalten

- auf europäischer Ebene eine von Wettbewerbs- und Angebotsvorstellungen befreite nachhaltige Förderung von benachteiligten Regionen (incl. der Ausweitung der hierfür zur Verfügung stehenden Geldmittel);
- in Deutschland eine ebenfalls auf Umverteilung zielende Transferpolitik zugunsten aller sich schwach entwickelnden Regionen (was eine durchgreifende Erneuerung der GRW beinhalten müsste).

Eine derartige politische Umorientierung ist zu Zeit noch unwahrscheinlich. Erst im Zuge einer weiteren Welle des Abwählens originär neoliberaler Regierungen in Europa und einer Rückbesinnung der Sozialdemokratie auf ‚alte‘ Werte wäre sie möglich. Grundsätzlich bleibt jedoch zu bemerken: eine keynesianische Umorientierung wäre ohne allzu große Reibungsverluste auch innerhalb des Kapitalismus verwirklichtbar – trotzdem sollte man die erzielbaren Resultate nicht unterschätzen. In den Thesen von Dieter von Frieling scheint mir eine Unterschätzung der Möglichkeiten eines konsequenten Keynesianismus durchzuscheinen.

3. Regionalpolitik im Kontext systemtransformierender Wirtschafts- und Sozialpolitik: für eine Aktualisierung von Investitionslenkungs Konzepten

Wie könnte eine Regionalpolitik aussehen, die jenseits der keynesianischen Variante grundsätzlich ihre kapitalistische Beschränktheit überwinden will? Zu dieser Frage habe ich erstaunlich wenige Diskussionsbeiträge gefunden. Auch ‚Die Linke‘ bleibt in Programm und weiteren Äußerungen sehr vage.

Die Antwort scheint mir nicht in einer alles übergreifenden Stärkung von Kommunen/Regionen zu liegen, erst recht nicht in einem Aufblühen von Regionalwährungen. Entsprechende jüngste Vorschläge (Manfred Sohn, Der dritte Anlauf. Alle Macht den Räten. Papy Rossa Köln 2012) übersehen, dass die Handelsströme weitgehend überregional ausgerichtet sind und sich auch unter veränderten Rahmenbedingungen nur sehr begrenzt ‚kommunalisieren‘ ließen. Innerregionale Kreisläufe dürften auch zukünftig einen unter ökologischen Gesichtspunkten interessanten aber letztlich nur geringen Stellenwert einnehmen.

Eine realistischere Antwort auf die Frage nach einer systemtransformierenden Regionalpolitik scheint mir in einer Verknüpfung mit aktualisierten Konzepten von Investitionslenkung zu liegen:

- der unverzichtbare Rahmen für eine derartige Regionalpolitik ist häufig thematisiert worden: Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung zentraler ökonomischer Bereiche wie Banken und Energie; Durchsetzung einer Makroökonomiepolitik, die diesen Namen verdient; Stärkung von Genossenschaften und anderen das Gemeinwohl mit berücksichtigenden Unternehmensformen; durchgreifende Demokratisierung von Wirtschaft,- Sozial-, Haushalts- und Geldpolitik und ebenso auf den innerbetrieblichen Ebenen;
- gleichwohl verbleibt auch nach den aufgeführten Veränderungen ein Großteil der Unternehmen marktwirtschaftlichen Koordinierungsprozessen unterworfen - planwirtschaftliche Konzepte sind auch unter Berücksichtigung von Computermöglichkeiten unreal;
- eine zentrale Steuerungsmöglichkeit gegenüber dem vergesellschafteten wie auch gegenüber dem unmittelbar dem Markt unterworfenen Teil von Unternehmen bietet die Investitionslenkung. Sie setzt am wichtigsten Hebel unternehmerischer Tätigkeit, den Investitionen, an und will diese durch einen Steuerungskanon (Verbote, Anreize, ggf. auch Gebote, steuerpolitische Hebel) be-

einflussen – und zwar in Richtungen, die über Beschlüsse von Parlamenten und Räten erwünscht bzw. nicht erwünscht sind. Kriterien sind die stoffliche Beschaffenheit (z.B. Gefährdungen bei bestimmten Formen von Energie- oder Chemieproduktionen) und die ökonomisch-soziale Relevanz wie z.B. die Bedeutung für die Arbeitsplatzentwicklung.

- Investitionslenkungsmaßnahmen werden von demokratischen Institutionen entschieden. Dies gilt sowohl für eine zentrale Ebene (um z.B. unsinnige regionale Infrastrukturentscheidungen wie beim Kasseler Flughafen Calden zu unterbinden) wie auch auf regionaler Ebene (die dort anzusiedelnden Institutionen müssen Mitentscheidungsrechte bei für die jeweilige Region wichtigen Entscheidungen z.B. im Energiebereich bekommen).
- Neuere regionalpolitische Instrumente wie die Metropolenbildung oder die Clusterförderung werden dem Steuerungszielen der Investitionslenkung unterworfen. D.h. z.B., dass nicht beliebig alle Cluster dort gefördert werden, wo sie gerade vorfindbar sind, sondern nur, wenn sie in ein Gesamtkonzept von Investitionslenkung passen.

Dass eine derartige systemtransformierende Regionalpolitik in absehbarer Zeit kaum verwirklicht ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Gleichwohl ist es angesichts der Tiefe der Krise auch der Regionalpolitik an der Zeit, darüber ausführlicher zu diskutieren.

Literatur

- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (2010): Regionalpolitik im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise. (= Positionspapier aus der ARL, Nr. 82), Hannover, URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00827>
- ARL (Akademie für Raumforschung und Landesplanung) (2011): Strategische Regionalplanung. (= Positionspapier aus der ARL, Nr. 84), Hannover, URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00847>
- DGB (2011): Eurokrise: Alles wird gut? In: Klartext (Hrsg. vom DGB-Bundevorstand), Nr. 38/2011 vom 31.10.2011.
- Krumbein, W., Frieling, H.-D. von, Kröcher, U., Sträter, D. (Hrsg.) (2008): Kritische Regionalwissenschaft – Theorien und Konzepte im Überblick. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lange, Joachim; Brandt, Arno (Hrsg.): Die Zukunft der regionalen Strukturpolitik. Loccum Protokolle, 70, Loccum.
- OECD (2010): Regional development policies in OECD countries. Paris : OECD. Sommer, M. 2012: Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in Weser-Kurier vom 21.5.2012.
- Stiller, Sylvia (2011): Herausforderungen für die regionale Strukturpolitik. In: Loccum Protokolle, 70, S. 7- 16.
- SZ vom 24.5.2012.
- Diagramm-Quelle: BBSR (2010)
(http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_494406/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2010/10__11/GrafikenKarten.html)